

Freerk Huisken

## **Thesen zur Veranstaltung: Rechtspopulismus und Rassismus im Aufwind? Deutsche Zustände im Kontext der "Flüchtlingskrise"**

1. Es ist unbestreitbar: Auch in Deutschland bekommen "Rechtspopulismus" und Rassismus Aufwind. Ebenso unbestreitbar ist, dass sich die etablierten demokratischen Parteien im politischen Kampf gegen die AfD in Koalitionen zusammenschließen und große Teile der kritischen Linken in Deutschland in dieser Partei ihren neuen Hauptfeind sehen.

Beide Gegner der AfD sind sich einig in dem Anliegen, deutsche (Wahl-)Bürger vor dieser "rechts-populistische Gefahr" eindringlich zu warnen. Allerdings *verfehlen beide* dieses Anliegen um Längen. Die etablierten Parteien - SPD, CDU/CSU, FDP - geben sich größte Mühe, den Spruch von F.J.Strauß wahr zu machen, dass es "rechts von der Union keine demokratisch legitimierte Partei geben" darf. Sie erklären die AfD-Wähler zu "*Protestwählern*"; zu Wählern also, die eigentlich gar keinen Grund haben, sich für das Programm dieser Partei zu entscheiden, und unternehmen zugleich mit ihrer *Absage* an diese Partei Anstrengungen, dem Wahlvolk ihre eigene programmatische *Affinität* zur AfD zu belegen. Linke Kritiker der AfD leisten sich einen anderen Widerspruch: Sie halten wenig von solcher Werbung um die "Verirrten" von Pegida und AfD. Sie wännen diese Partei vielmehr stramm auf dem Weg zum Faschismus und konfrontieren deren patriotische *Ausgrenzungspolitik* mit ihrer Variante polit-moralischer *Ausgrenzung*. Wo es sich bei denen doch um Rassisten, völkische Nationalisten, Homophobe, Ultraliberale, Antifeministen, Antiislamisten etc. handelt, steht für sie völlig außer Zweifel, dass sie eine Gefahr darstellen, vor der die Demokratie geschützt werden muss. Jede weitere Befassung mit dem, was die AfD im politischen Programm hat, verbietet sich für sie. Sie sind deshalb mit ihr fertig, bevor sie überhaupt begonnen haben, sich mit der Kritik an ihr zu befassen.

Für beide AfD-Gegner ist von nachgeordneter Bedeutung, dass die AfD eine *politische Partei* ist, die mit ihrem *Programm* und viel öffentlich gemachter Programmdebatte bei deutschen Bürgern, die in ihrer Heimatliebe enttäuscht sind, mit erheblichem Erfolg für ihre Vorstellung von der *Zukunft Deutschlands* wirbt. Wer Bürger vor der AfD warnen will, der kommt jedoch nicht umhin, sich mit deren Angeboten an die Wähler zu befassen:

2. Im Zentrum der Absage an die Politik der Großen Koalition steht bei der AfD der Befund, Deutschland setze mit seiner Innen- und Außenpolitik das höchste Prinzip, nach dem Staatsgewalten streben, die *nationale Souveränität*, fahrlässig aufs Spiel. Überall entdecken sie als Resultat nationaler Politik *Fremdes*, das Deutschlands Souveränität gefährdet: Fremde Staaten der EU mischen in deutschen Angelegenheiten mit, fremdes Geld regiert in Europa die Welt, in fremde supranationale Einrichtungen wie der NATO muss sich Deutschland einordnen und vor allem "übevölkern" Fremde in Gestalt der Flüchtlinge, mit fremder Religion und nicht "zu uns" passenden Sitten die deutschen Lande.

3. Was die AfD damit anprangert sind nicht die *materiellen Lebensverhältnisse* der Bürger. Nichts davon, was sie einklagt, würde denen das Zurechtkommen mit Lohn und Arbeit, mit Mieten und Preisen erleichtern: Der Ersatz des € durch die alte DM hebt keinen Verdienst und keine Rente auf auskömmliches Niveau, ein "uneingeschränktes nationales Budgetrecht" fürs deutsche Parlament senkt weder Mieten noch Preise. Und selbst die Klage über die "ungeordnete Zuwanderung von Flüchtlingen in unsere Sozialsysteme" ist nicht als Antrag an die Regierung gemeint, Hartz IV zu erhöhen und die Beiträge zu den Sozialversicherungen zu kürzen. Dass Flüchtlinge hier überleben dürfen gilt vielmehr als Angriff auf das Recht der Eingeborenen, alle Fremdeinflüsse von der deutschen Heimat *fernzuhalten*. Allein die *ausgrenzende Gewalt nationaler Souveränität* wird damit eingeklagt. Fehlt es an der, dann wird den Deutschen von der Merkel-Regierung ihr höchstes Gut, die *exklusive Zugehörigkeit zu ihrer deutschen Heimat*, bestritten. Das erklärt sie zum Skandal.

4. Dabei sind sich die regierenden Parteien mit die AfD durchaus *einig* in dem Urteil, dass *nichts über nationale Souveränität* geht. Die freie, ungestörte Ausübung von *Herrschaft* gemäß nationaler Interessen ist höchste Leitlinie von Staatsgewalten: Nach *innen* geht es um die *Erzwingung der Anerkennung* dieser Staatsinteressen durch das Staatsvolk, also durch diejenigen, die für deren Erfüllung - mehrheitlich als arbeitende Bevölkerung - gerade stehen müssen. Und es kann kein Zweifel

daran aufkommen, dass hierzulande über die Jahrzehnte ein uneingeschränkt gültiges *Gewaltmonopol* errichtet worden ist. Allerdings stößt jede freie Herrschaftsausübung *nach außen* zwangsläufig auf Grenzen. Jeder Staat hat es da mit Seinesgleichen zu tun und kann nicht einfach auf der *Erzwingung* nationaler Interessen bestehen: Staatsgewalt stößt auf Staatsgewalt, weswegen das Interesse, fremdes Land und fremde Leute für eigene Interessen einzuspannen, um *Konzessionen* an die konkurrierende Macht - erst einmal - in Form der Anerkennung fremder Souveränität nicht herum kommt. Die Staatsgewalt sieht sich genötigt, Abstriche am eigenen Interesse in Kauf zu nehmen, wenn der Reichtum fremder Mächte für nationale Anliegen angeeignet werden soll.

5. Und genau hier liegt ein zentraler *Kern des politischen Dissenses* zwischen AfD und den etablierten Parteien; ein Dissens, der im übrigen auch *innerhalb* der demokratischen Parteien noch nicht vollständig ausgetragen ist: Jede von Deutschland durchaus *erfolgreich* auf *Machtzuwachs* hin kalkulierte Beschränkung von Souveränität - sei es bei der Frage der Ersetzung des nationalen Geldes durch den €, der Unterwerfung unter die Politik der EZB, der Mitbestimmung von Brüssel bei Fragen des nationalen Haushalts (z.B. bei der Verschuldung) oder der Mitgliedschaft in der NATO - gilt der AfD als einseitiger *Machtverzicht*, der das deutsche Volk um die ihm zustehenden Erträge der Nation bringt und die "nationale Identität" untergräbt. Es steht bei ihr dadurch einiges auf dem Kopf: Dass es Deutschland gerade über die partielle Abtretung von souveränen Rechten durch alle EU-Staaten an Brüssel seine Stellung als *Führungsmacht* in Europa untermauert, über den freien Binnenmarkt und den € seine *ökonomische Macht* so durchschlagend ausgebaut hat, dass es anderen Staatsvölkern wie den Griechen zwecks Sicherung des € ein Armutsleben ganz neuer Qualität verordnen kann, gilt der AfD umgekehrt als verhängnisvoller Verzicht auf die Bewahrung all dessen, was das gute alte Deutschland einst ausgezeichnet hat, als "Verrat" an Deutschland und dem deutschen Volk.

6. Auch in der Wahrnehmung der nationalen Souveränität nach *innen* entdeckt die AfD an der Politik der Regierung nur ordnungs- und identitätszerstörende Verfehlungen. Im Zentrum steht dabei - neben der Kritik an Bildungs-, Sozial- und Familienpolitik - die Kritik an der *Flüchtlingspolitik* der Regierung Merkel, an der sich die Verdrehung nationalstaatlicher Erfolgsmittel zu einer Politik, die den Niedergang Deutschlands einleitet, ebenfalls aufzeigen lässt: Allein *dass* Merkel ca. 1 Mio Flüchtlinge ins Land gelassen hat nehmen sie aufs Korn, um zu belegen, dass "die politische Stabilität Deutschlands nachhaltig bedroht" ist. Dabei fällt gar nicht erst ins Gewicht, *warum* die deutsche Regierungschefin sich zu diesem Schritt entschlossen hat und *welche* - weit über humanitäre Hilfe hinausgehenden - *weltpolitischen* Interessen sie damit verfolgt und Deutschland verordnet: Für die neue Flüchtlingspolitik der Regierung ist die Aufnahme von Flüchtlingen nämlich der praktisch erbrachte - in Kauf genommene - Beleg ihrer *Zuständigkeit* für jene Fluchtbewegungen, die die Weltmächte - Deutschland immer mit dabei - mit Kriegen und sonstigem imperialistischen Wirken überall auslösen. Der gerade wieder strittig gewordene Vertrag der EU mit der Türkei offenbart, dass Merkel Souveränitätsfragen höchsten Kalibers zwischen Staaten aufrührt, wenn sie die *politische Zuständigkeit* für die Gesamtheit der Fluchtbewegungen - von den "Herkunftsländern" über die "Lager- und Transitländer" bis zu den "Zielländern" - für sich reklamiert und darüber Deutschland eine mächtigere Rolle in der Konkurrenz der Weltmächte reservieren will; all dies im übrigen ziemlich rücksichtslos gegenüber der Frage nach den *Fluchtursachen* und was die Politik der neuen *Weltflüchtlingsmacht* für die Flüchtlinge bedeutet.

7. Die - thesenartige - Kritik an der AfD hat erbracht, dass diese die Regierungspolitik gar nicht mit einem gänzlich konträren Konzept konfrontiert, sondern ihr vielmehr prinzipielle *Verstöße* bei der *Sicherung der nationalen Souveränität* nach innen und außen - einem Staatszweck, der Regierung und diese rechten Kritiker *eint* - vorwirft. Dabei hat sich ergeben, dass die AfD eine Vorstellung von Souveränität propagiert, die *national borniert* ist. Sie wünscht sich für heute das gute alte Deutschland ohne €, EU und EZB, ohne supranationale Verpflichtungen und Bündnisse zurück. Ausgerechnet in den nach außen und innen wenig zimmerlichen Bemühungen - man denke nur an deutsche Kriegsbeteiligungen und an die Agenda 2010 - der letzten Regierungen, den deutsch regierten Kapitalismus auf dem Weg zu einer *imperialistischen (Mittel-)Macht* weiter voranzubringen, entdeckt sie nichts als "Verrat an Deutschland" und damit am "deutschen Volk".